

12.07.2011 - 12:52 Uhr

Ukraine richtet eine Arbeitsgruppe zum Schutz der Rechte von Journalisten ein

Ukraine (ots/PRNewswire) -

Um dem wachsenden Interesse der internationalen Gemeinschaft an der Pressefreiheit in der Ukraine gerecht zu werden, richtete die Regierung eine Arbeitsgruppe zum Schutz der Rechte von Journalisten ein. Die Aufgabe der Arbeitsgruppe besteht in der zeitnahen Analyse von Verstößen gegen die Redefreiheit und in der Erarbeitung von Vorschlägen an den Präsidenten, wie die Probleme gelöst werden können.

Die Arbeitsgruppe (Arbeitsgruppe zur Analyse der Einhaltung von Gesetzen zur Redefreiheit und zu den Rechten der Journalisten) besteht aus 11 Mitgliedern. Es handelt sich um Fachleute aus den Medien und öffentlichen Sektoren - ukrainischen Journalisten (einschliesslich der Reporter ohne Grenzen), der Generalstaatsanwaltschaft, dem Innenministerium und der Präsidialkanzlei.

Die Einrichtung der Arbeitsgruppe erfolgte auf Weisung des ukrainischen Präsidenten Viktor Janukowitsch. Damit wird der Zweck verfolgt, die Beziehungen zwischen Regierung und Medien zu beobachten und Berichte zu erstellen sowie praktikable Lösungen für Probleme zu finden, die es für in der Ukraine tätige Journalisten gibt.

Die erste Sitzung der Arbeitsgruppe fand am 7. Juli statt. Nach der Sitzung erklärte die Vorsitzende der Arbeitsgruppe Daria Chepak, die auch die Pressesprecherin des ukrainischen Präsidenten ist: "Die Arbeitsgruppe wird transparent arbeiten. Ihre Arbeit ist ein weiterer Schritt bei dem Programm Offener Dialog, welches sich darum bemüht, seriöse und offene Diskussionen über die Probleme zu führen, welche Journalisten bei ihrer Arbeit in der Ukraine haben."

Nach Daria Chepak handelt es sich bei dem Programm Offener Dialog um ein neues Regierungsprogramm, welches die Kommunikation zwischen staatlichen Stellen und Journalisten verbessern soll.

Anfang des Jahres unterzeichnete der ukrainische Präsident Viktor Janukowitsch das Gesetz über den Zugang zu öffentlichen Informationen, welches das ukrainische Parlament im Januar 2011 verabschiedet hatte.

Das Gesetz garantiert Zugang zu öffentlichen Informationen über Menschenrechte und Pressefreiheit. Durch das Gesetz wird festgelegt, welche Daten vertraulich sind. Es sieht ferner vor, dass alle von öffentlichen Stellen erstellten Informationen - mit Ausnahme von vertraulichen Daten -- den Bürgern innerhalb von 5 bis 30 Tagen bekannt gegeben werden sollen. Mit dem Gesetz wird auch das Problem des Schutzes von Journalisten geregelt.

Aufgrund des neuen Gesetzes haben Journalisten aus landesweit oder regional verbreiteten Zeitungen bereits eine Reihe von Artikeln über die neu bekannt gewordenen Informationen verfasst. Dabei ging es ebenso um die Verwendung öffentlicher Mittel und öffentlichen Eigentums wie um die Einkünfte und Privilegien prominenter Staatsdiener.

Kontakt:

Wenden Sie sich für weitere Informationen an Maria Ivanova+380443324784 news@wnu-ukraine.com, Projektleiterin bei Worldwide NewsUkraine

Diese Meldung kann unter <https://www.presseportal.ch/de/pm/100020594/100700787> abgerufen werden.